

schen Warenkredit von der UdSSR Militärtechnologie, insbesondere sowjetische Militärflugzeuge und andere Waffensysteme, geliefert würden. Obwohl im Februar dieses Jahres bereits Gespräche über eine Kooperation zwischen den Rüstungsindustrien beider Länder stattgefunden hatten, wurde eine derartige Vereinbarung offiziell zunächst bestritten. Nach Darstellung der FEER vom 11.4.91 soll nunmehr in den nächsten Monaten ein Vertrag über den Verkauf von sowjetischen Kampfflugzeugen [Typ 24 Su27] im Werte von 700 Mio.US\$ an China abgeschlossen werden.

Über den weiteren Ausbau des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und der UdSSR in diesem Jahr wurde am 21.3.91 weiterhin ein neues Protokoll unterzeichnet. Die Handelsbeziehungen sollen zwar grundsätzlich über die Zahlung konvertibler Devisen abgewickelt werden, bestimmte Barter-Geschäfte sind jedoch auch in Zukunft vorgesehen. Im Rahmen des Handelsprotokolls wird China an die UdSSR vor allem Nahrungsmittel, Tee, Viehfuttermittel und Konsumgüter liefern, während die Importe aus der UdSSR insbesondere Maschinen, metallurgische Ausstattungen, Erdölprodukte und Düngemittel umfassen werden. (SWB, 25.3.91)

Insgesamt hat sich der Handel zwischen China und der UdSSR seit Beginn der Wirtschaftsreform und Öffnungspolitik erheblich ausgeweitet. So erhöhte sich das beiderseitige Handelsvolumen von 220 Mio.US\$ im Jahre 1981 auf 3,2 Mrd.US\$ im Jahre 1989. (Zhongguo Tongji Niangjian, 1990, S. 6465; BRU, 17/1990) -schü-

nahmen des Staates. Insgesamt weist der Staatshaushalt im Jahre 1990 bei Einnahmen von 324,478 Mrd. Yuan und Ausgaben von 339,521 Mrd. Yuan ein Defizit von 15,043 Mrd. Yuan auf, das sind 6,151 Mrd. Yuan mehr als geplant.

Als Gründe für das hohe Budgetdefizit nannte Wang Bingquan Ausgabensteigerungen in den lokalen Finanzhaushalten, die über den im Haushaltsentwurf festgelegten Zuwächsen hinausgingen. Dazu zählten Investitionen für den Ausbau der Infrastruktur (+8%), für die Landwirtschaft (+11%), für die Verteidigung (+15,5%), für das Erziehungswesen (+11,2%) und für Wissenschaft und Technologie (+16,1%). Während die Erhöhung dieser Ausgaben nach Wang Bingquan notwendig war und zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation beigetragen hat, sei die Belastung des Staatshaushalts durch steigende Subventionen ein ernstes Problem. So mußten 1990 zur Unterstützung der [staatlichen] Unternehmen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren, 57,850 Mrd. Yuan als Verlustausgleich gezahlt werden. Weiterhin wurden aus dem Staatsbudget Preissubventionen [für die städtischen Konsumenten] in Höhe von 37,863 Mrd. Yuan zur Stabilisierung der Preise gezahlt. Zwar sei unter besonderen Umständen und für einen kurzen Zeitraum die Übernahme von Verlusten der Unternehmen und von Subventionen zur Preisstabilisierung gerechtfertigt, eine Fortsetzung dieser Praxis führe nach Wang Bingquan jedoch nicht nur zu einer weiteren Erhöhung des Budgetdefizits, sondern auch zu einer Gefährdung der stabilen und koordinierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (SWB, 28.3.91)

Aufgrund der um 18,5% gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Gewinn- und Steuerabführungen der staatlichen Unternehmen, die sich 1990 auf lediglich 127,1 Mrd. Yuan beliefen, und der hohen Rückstände bei der Zahlung von Unternehmensgewinnen und -steuern an den Staatshaushalt, war eine Erhöhung der gesamten Finanzeinnahmen äußerst problematisch. Die schwierige Situation bei der Erhebung der staatlichen Einnahmen wurde nach Wang Bingquan im letzten Jahr weiterhin durch die Praxis in einigen lokalen Verwaltungseinheiten und Abteilungen verschärft, Steuern zu umgehen, Ge-

winnabführungen an den Staatshaushalt zurückzuhalten, falsche Angaben über Unternehmensverluste zu machen, Prämien und Subventionen wahllos zu vergeben, öffentliches und kollektives Eigentum zum eigenen Vorteil in Anspruch zu nehmen und öffentliche Gelder in Banketten zu verschwenden. (SWB, 29.3.91; BRU, 10/1991)

Auch für das Jahr 1991 wird mit einem Budgetdefizit gerechnet, da weder von einer schnellen Reduzierung der Staatsausgaben, noch von einer wesentlichen Erhöhung der Einnahmen ausgegangen werden kann. Der Haushaltsentwurf sieht eine Einnahmesteigerung um 6% auf 343,810 Mrd. Yuan und eine Ausgabensteigerung um 5,2% auf 357,156 Mrd. Yuan vor. Damit wird das geplante Defizit in diesem Jahr 13,346 Mrd. Yuan ausmachen, 1,697 Mrd. Yuan weniger als im Vorjahr.

Im geplanten Staatshaushalt für 1991 wird der Ausgabenanteil für Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur mit 68,289 Mrd. Yuan (+4,6%), für die Landwirtschaft mit 23,456 Mrd. Yuan (+7,2%), für die nationale Verteidigung mit 32,51 Mrd. Yuan (+12%) und für Erziehung, Wissenschaft und Technik mit 67,604 Mrd. Yuan (+9,7%) angesetzt. Der Anteil der Staatsausgaben für die übrigen Bereiche soll das Niveau des Vorjahres erreichen oder niedriger als 1990 sein. (SWB, 28.3.91; NfA, 28.3.91)

Die Erhöhung der Staatseinnahmen in diesem Jahr soll einerseits durch die Anhebung der Verkaufssteuern im Einzelhandel von 3% auf 5% realisiert werden; hierbei wird von einer Steigerung der Einnahmen um rund 7 Mrd. Yuan ausgegangen. Andererseits ist eine Reduzierung der Preissubventionen um ca. 5 Mrd. Yuan und eine Streichung von Exportsubventionen um über 5 Mrd. Yuan vorgesehen. Weiterhin ist eine verstärkte Ausgabe von staatlichen Schuldverschreibungen und eine zeitliche Verschiebung der Spitzenperioden für Schuldendienstzahlungen geplant. Zur Reduzierung der Belastungen des Staatshaushalts fordert Finanzminister Wang Bingquan außerdem die stärkere Übernahme von Preissubventionen und Steuererstattungen für Exporte durch lokale Finanzhaushalte. Höhere Ablieferungen an den zentralen Staatshaushalt

Binnenwirtschaft

*(27)

Hohes Budgetdefizit 1990 und kritische Lage der Staatsfinanzen 1991

Finanzminister Wang Bingquan stellte auf dem Nationalen Volkskongreß am 26. März seinen Bericht zur Implementation der Finanzplanung 1990 vor. Auch im letzten Jahr überstiegen die Staatsausgaben bei weitem die Ein-

werden von solchen Regionen erwartet, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedingungen über größere finanzielle Überschüsse verfügen. Von den Unternehmen erwartet Wang Bingquan in diesem Jahr, ihre aus schlechtem Management resultierenden Verluste um 50% und ihren Materialverbrauch um 2-3% zu reduzieren. (SWB, 28.3.91)

Die sich auf rund 30% des Staatsbudgets belaufenden Verlustzuweisungen und Subventionen reduzieren die Finanzmittel zur Realisierung der notwendigen Umgestaltung der Produktionsstrukturen und Verbesserung der Infrastruktur. Eine schnelle Veränderung dieser Situation ist nicht zu erwarten, ebensowenig wie die freiwillige Erhöhung der Mittelabführungen aus lokalen Finanzhaushalten an die Zentrale. Während die Deckungslücke von rund 15 Mrd. Yuan im Jahre 1990 in Relation zu den gesamten Staatseinnahmen noch relativ gering ist, beträgt diese unter Einbeziehung der in- und ausländischen Kredite jedoch bereits etwa ein Sechstel des Staatshaushalts. Im Gegensatz zu dem vom Internationalen Währungsfonds aufgestellten Kriterien werden in China die im In- und Ausland aufgenommenen Kredite als Einnahmen behandelt. (NZZ, 28.3.91; IHT, 23./24.3.91) -schü-

*(28)

Schlüsselprojekte im 8. Fünfjahresplan

In der Periode des 8. Fünfjahresplanes sind Investitionen von 2,600 Mrd. Yuan (734 Mrd. DM) für die Realisierung von Schlüsselprojekten geplant. Dies bedeutet eine Erhöhung um rd. 30% gegenüber der vorangegangenen Planperiode, in der 1,975 Mrd. Yuan für 306 Schlüsselprojekte eingesetzt wurden.

Zwar soll die Finanzierung dieser Projekte hauptsächlich durch eigene Mittel erfolgen, doch beabsichtigt China nach offiziellen Angaben auch, mehr ausländische Investitionen und Kredite internationaler Finanzorganisationen zu günstigen Bedingungen in Anspruch zu nehmen.

Den Sektoren Landwirtschaft, Energie und Transport soll Priorität eingeführt werden. Um die geplante Kohleförderung von 1,23 Mrd.t bis 1995 und 1,4 Mrd.t bis zum Jahre 2000 zu errei-

chen, sollen neue Kohlegruben in den Provinzen Shanxi, Shaanxi und in der Inneren Mongolei mit einer gesamten Produktionskapazität von 148 Mio.t eröffnet werden.

Auch die Realisierung des für 1995 gesetzten Outputziels von 145 Mio.t Erdöl verlangt zusätzliche Anstrengungen bei der Erschließung und Entwicklung der Ölfelder Daqing, Shengli und Liaohe. Neben der Sicherung eines stabilen Outputs in den östlichen Regionen, soll gleichzeitig die Exploration der Erdöl- und Erdgasfelder in den westlichen Regionen erfolgen, hier vor allem im Tarim-Becken (Provinz Xinjiang).

Innerhalb der folgenden fünf Jahre ist weiterhin der Bau einer Reihe von Wärmekraftwerken geplant, u.a. in Yimin, Yuanbaoshan und Shuizhong sowie von Wasserkraftwerken in den Provinzen Sichuan, Hubei und Qinghai. Außerdem soll die zweite Phase beim Bau des Atomkraftwerkes von Qinshan durchgeführt werden.

Anstrengungen in der metallurgischen Industrie werden sich insbesondere auf bestehende Eisen- und Stahlunternehmen wie dem Eisen- und Stahlkomplex Baoshan bei Shanghai und dem Wuhan Eisen- und Stahlkomplex konzentrieren. Darüber hinaus ist die Öffnung neuer Eisenminen geplant.

Im Transportbereich ist die Erhöhung der Transportkapazität durch Errichtung und Ausbau des Eisenbahnnetzes vorgesehen. Außerdem soll der Hafenbau verstärkt durchgeführt werden, um den Transport von Kohle, Erdöl, Holz und Getreide, aber auch Container und den Personentransport zu erleichtern.

Die Investitionen für die Landwirtschaft werden sich in erster Linie auf die Erhöhung der Produktion von chemischen Dünger, Pestiziden und landwirtschaftlich genutzten Plastikfolien konzentrieren. Innerhalb des Fünfjahresplanes sollen Düngemittelfabriken in Yunan, Jilin, Shaanxi und in der Inneren Mongolei errichtet werden. (XNA, 23.3.91) -schü-

*(29)

Entwicklungsziele für Provinzen

Nach den ZK-Vorschlägen zum 8. Fünfjahresplan und 10-Jahresprogramm soll das gesamtwirtschaftliche

Wachstum pro Jahr 6% betragen, so daß bis zum Dekadenende eine Vierfachung des Bruttosozialprodukts von 1980 erreicht werden kann. Inzwischen haben die einzelnen Provinzen eigene Pläne über ihre Entwicklungsziele aufgestellt.

Die südlichen Küstenprovinzen Guangdong und Fujian wollen sich im Rahmen der Planperiode auf den weiteren Ausbau ihrer exportorientierten Industrie konzentrieren, mehr ausländische Investitionen absorbieren und ihre wirtschaftliche und technische Kooperation mit dem Ausland ausweiten. So beabsichtigt die Provinz Fujian die Erhöhung des Exportvolumens von 2,18 Mrd. US\$ im Jahre 1990 auf 3,5 Mrd. US\$ bis zum Jahre 1995 und auf 7 Mrd. US\$ bis zum Dekadenende. Darüber hinaus ist eine Absorbierung ausländischer Investitionen in Höhe von 3,5 Mrd. US\$ in der Periode des 8. Fünfjahresplanes und von 5 Mrd. US\$ zwischen 1996-2000 vorgesehen.

Guangdong plant, eine jährliche Wachstumsrate von 7,5% zu erreichen, die damit über dem nationalen Durchschnitt liegt; der Zuwachs des industriellen und landwirtschaftlichen Outputs soll 8,5% und der Einkommen 6,5% betragen. Gleichzeitig wird Guangdong einen größeren Beitrag zum Staatsbudget leisten.

Die östlichen Küstenprovinzen Jiangsu und Zhejiang werden der Entwicklung der Landwirtschaft und technischen Umgestaltung ihrer Verarbeitungsindustrien Priorität einräumen. Jiangsu, mit der stärksten ländlichen Industrie in Gesamtchina, wird die Integration von städtischen und ländlichen Gebieten verstärken. Um eine gute Grundlage für die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung zu garantieren, plant die Provinz Zhejiang, den Schwerpunkt auf die technologische Umgestaltung und Verbesserung des Management zu legen. Die geplante jährliche Wachstumsrate Zhejiangs soll zunächst in der Periode des 8. Fünfjahresplanes mit jährlich 5% unterhalb des Landesdurchschnitts liegen und anschließend auf 6% jährlich erhöht werden.

Shanghai plant unter dem Motto "Belebung Shanghais, Entwicklung Pudongs [Wirtschaftszone Shanghais], Konzentration auf den Weltmarkt und dem gesamten Land dienen", zum wichtigen Wirtschaftszentrum in der pazifischen Region aufzu-

steigen. Dabei wird insbesondere der Aufbau der Infrastruktur im Vordergrund stehen. Hierzu zählt der Bau von zwei Brücken über den Fluß Huangpu, einer Ringstraße um die Stadt, einer Untergrundbahn, der Ausbau des Hafens Waigaoqiao, ein internationaler Flughafen, etc. Außerdem will Shanghai zur Reduzierung der Wohnraumnot 50 m² Wohnfläche bereitstellen.

Mit einer jährlichen Wachstumsrate von 7,2% plant auch die nordöstliche Provinz Heilongjiang einen überdurchschnittlichen Zuwachs. Einer der Schwerpunkte in der Entwicklung Heilongjiangs wird die Ausweitung des Grenzhandels mit der UdSSR sein. So soll der Exportwert im Planungszeitraum auf 1,7 Mrd. US\$ erhöht werden.

Die Provinzen Tibet, Innere Mongolei, Xinjiang und Yunnan, die zu den sogenannten "autonomen Minderheitengebieten" zählen, sollen sich vor allem auf die Entwicklung von Anbau und Viehzucht konzentrieren und den Grenzhandel weiter ausbauen. (SWB, 27.3.91) -schü-

*(30)

Nationale Konferenz zur Arbeit in den ländlichen Gebieten

Ende Februar wurde eine nationale Konferenz zur Arbeit in den ländlichen Gebieten durchgeführt, auf der die für den landwirtschaftlichen Sektor zuständigen Vertreter auf Provinz- und Gemeindeebene, den entsprechenden Abteilungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Vertreter des Staatsrats die Aussichten und Probleme der landwirtschaftlichen Entwicklung innerhalb des 8. Fünfjahresplanes und 10-Jahresprogramms "diskutierten". (SWB, 26.2.91)

Chen Junsheng, Staatsratskommissar und Leiter der Staatlichen Führungsgruppe für umfassende landwirtschaftliche Entwicklung, wies darauf hin, daß aufgrund des jährlichen Bevölkerungswachstums [von rd. 17 Mio.] mehr als die bis zum Dekadenende geplanten 500 Mio.t Getreide notwendig sein werden, um das 1984 erreichte Pro-Kopf-Getreideniveau von 394 kg zu realisieren. Chen sieht in der Erhöhung der Flächenerträge eine Möglichkeit zur weiteren Steigerung der Agrarproduktion. Wenn der Output der zwei Drittel der Anbauflächen mit

niedrigen und mittleren Erträgen um 100 kg pro Flächeneinheit gesteigert würde, könnte der Getreideoutput insgesamt um 10 Mrd.t erhöht werden.

Als Plan zur umfassenden landwirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der 8. Fünfjahresperiode sollen nach Angaben von Chen Junsheng zwei Arten von Entwicklungszonen gebildet werden. Einerseits sind Entwicklungszonen für staatliche Projekte aufzubauen, die wiederum in Schlüssel-Entwicklungszonen und allgemeine Entwicklungszonen unterteilt werden. Drei große Gebiete und 13 kleinere in den Ebenen Nordost-Chinas, der Huanghuai-Ebene und im Yangtze-Einzugsbereich zählen zu den Schlüssel-Entwicklungszonen. Als allgemeine Entwicklungszonen werden ca. 20 Gebiete in einigen Provinzen und autonomen Regionen klassifiziert, die von Getreidekäufen aus anderen Gebieten abhängen. Andererseits sollen von Provinzen, autonomen Regionen, Gemeinden und Städten mit Provinzhoheit landwirtschaftliche Entwicklungszonen gebildet werden. Inwieweit die unterschiedlich klassifizierten Gebiete eine präferentielle Unterstützung erfahren werden, wurde von Chen noch nicht genannt. Insgesamt sollen jedoch die Investitionen der Zentralregierung für die landwirtschaftliche Entwicklung von 6 Mrd. Yuan zunächst für die Umwandlung der 80 Mio. Mu Anbauflächen mit mittleren und niedrigen Flächenerträgen und für die Erschließung von 6,5 Mio. Mu Ödland eingesetzt werden. (SWB, 2.3.91)

Song Ping, Parteiveteran und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh, wies auf die Bedeutung der Rolle der ländlichen Kollektivwirtschaft zur Bereitstellung von Dienstleistungen für den individuellen Bauernhaushalt hin. Nach Song Ping sollte den Bauern stärker deutlich gemacht werden, daß sowohl das individuelle Vertragssystem [Abschluß von Produktionsverträgen zwischen den lokalen ländlichen Organisationen und den Bauern] und das kollektive einheitliche Management [Planvorgaben der lokalen Verwaltungsorganisation für die Bauern und zentrale Allokation von landwirtschaftlichen Inputs] Aktivitäten innerhalb der kooperativen Wirtschaftsorganisation auf Gemeinde- und Dorfebene sind. Das Haushaltsvertragssystem würde nicht "Aufteilung des Bodens und individuelle Bewirtschaftung" bedeuten. (SWB, 6.3.91)

Zou Jiahua, Staatsratskommissar und Minister der Staatlichen Planungskommission, wies auf die weiterhin kritische Lage in der Landwirtschaft hin. Obwohl im letzten Jahr eine Rekord-ernte erreicht werden konnte, sollten weder die Investitionen reduziert, noch die Belastungen der Bauern erhöht werden, da die Situation der Landwirtschaft weiterhin durch eine Reihe von Problemen gekennzeichnet sei. Dazu zählen nach Zou:

1. Die guten Ernteergebnisse des Jahres 1990 beweisen nicht, daß die gesamten landwirtschaftlichen Produktionsfähigkeiten ein neues Niveau erreicht haben, da der Einfluß der guten Wetterbedingungen berücksichtigt werden muß. Insgesamt haben sich weder die Infrastruktur noch die grundlegenden Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion wesentlich verbessert und damit auch nicht die Widerstandsfähigkeit gegen Naturkatastrophen; die Grundlage für die weitere landwirtschaftliche Entwicklung ist insgesamt unzureichend.
2. Die Flächenerträge in der Landwirtschaft sind noch sehr niedrig.
3. Trotz der guten Ernteergebnisse 1990 lag der Pro-Kopf-Getreideoutput unter dem Niveau des Jahres 1984; dies gilt auch für Baumwolle sowie für öl- und zuckerhaltige Pflanzen.
4. Die landwirtschaftlichen Produkte befriedigen weder hinsichtlich der Quantität noch der Qualität die Bedürfnisse der Konsumenten und der Industrie.
5. Fortschritte bei der Anwendung von landwirtschaftlicher Technologie und Wissenschaft sind sehr langsam.
6. Die externen ökonomischen Bedingungen für die Landwirtschaft wurden noch nicht ausreichend verbessert.

Vor diesem Hintergrund sind nach Zou Jiahua solche Probleme wie ungleichgewichtige Beziehungen zwischen Produktion, Angebot und Absatz entstanden. Schwierigkeiten beim Verkauf und bei der Lagerung landwirtschaftlicher Produkte und eine weitere

Erhöhung der finanziellen Belastung der Bauern hätten deren Motivation deutlich reduziert.

Auch Tian Jiyun, Mitglied des Politbüros und stellvertretender Ministerpräsident, geht u.a. auf die von Chen genannten Probleme ein. So hätten aufgrund der Rekordernte im letzten Jahr die Bauern in vielen Gebieten Schwierigkeiten beim Verkauf von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten gehabt. Da die Preise extrem gefallen seien, hätten die Bauern in manchen Gebieten Verluste hinnehmen müssen und ihr Einkommen sei gesunken. Insgesamt hat sich das Einkommen der Bauern unter Berücksichtigung der Preissteigerungsrate lediglich um 1,8% im letzten Jahr erhöht. Für das laufende Jahr befürchtet Tian denn auch aufgrund der Probleme der Bauern beim Verkauf von Getreide, daß sie Anbauflächen für Getreide reduzieren werden.

Tian sieht die Probleme beim Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte insbesondere im unterentwickelten Handelssystem begründet, das weiter ausgebaut und verbessert werden muß. Dazu würde auch die Erhöhung der Anzahl der Großhandelsmärkte für landwirtschaftliche Produkte wie Getreide, andere landwirtschaftliche Produkte und Nebengewerbeprodukte zählen sowie die Ausweitung des staatlichen Getreidelagersystems. (SWB, 21.3.91) -schü-

*(31)

Ländliche Arbeitskräfte auf der Suche nach Beschäftigung in den Städten

Das Landwirtschaftsministerium veröffentlichte am 20.3.1991 ein "dringendes Rundschreiben" zur Frage der Mobilität ländlicher Arbeitskräfte.

Hintergrund für dieses Rundschreiben sind die durch starke Wanderbewegungen ländlicher Einwohner in die südliche Provinz Guangdong hervorgerufenen Probleme. Nach chinesischen Berichten wären Mitte Februar mehr als 100.000 Arbeitskräfte aus anderen Provinzen, insbesondere aus Sichuan und Hunan, auf der Suche nach Beschäftigung in die Provinz Guangdong geströmt. (SWB, 5.3.91) *China Daily* berichtet, daß mit dem Zustrom von Arbeitskräften nach dem Frühlingsfest Mitte Februar die Gesamtzahl der Ar-

beitsuchenden auf 400.000 gestiegen sei. Guangdong hat jedoch selbst mit massiven Problemen der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu kämpfen, so daß den ländlichen Arbeitskräften kaum Einstellungsmöglichkeiten geboten werden können. Aus diesem Grund rief die Provinzregierung die Nachbarprovinzen auf, ländliche Arbeitskräfte von einer Suche nach Beschäftigung in Guangdong abzuhalten.

Das Rundschreiben des Landwirtschaftsministeriums betont denn auch, daß auf lokaler Ebene die größten Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Migration der ländlichen Arbeitskräfte in die Städte zu verhindern. Zur Lösung des Problems der überschüssigen Arbeitskräfte sollten insbesondere verstärkt ländliche Industriebetriebe gegründet werden. (SWB, 5.3.u.22.3.1991)

Nach einem Bericht der *China Daily* vom 30.3.91 sollen bis zum Dekadenende von der ländlichen Industrie zusätzlich zu den bereits beschäftigten rd. 92 Mio. Arbeitskräften weitere 30 Mio. absorbiert werden. Trotzdem sei nach He Kang, ehemaliger Landwirtschaftsminister und heute Vorsitzender der ländlichen Industrievereinigung, damit zu rechnen, daß es bis Ende 2000 noch 60 Mio. überschüssige Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten geben wird. Um dieses Problem zu lösen, wird der Staat nach He Kang bis zum Dekadenende pro Jahr ca. 3 Mrd. Yuan (577 Mio.US\$) für die Landwirtschaft bereitstellen. Die Finanzmittel sollen für die Erschließung von Ödland und zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion durch die überschüssigen Arbeitskräfte eingesetzt werden. -schü-

*(32)

Bildung von Unternehmensgruppen

Am 3.März wurde in Beijing eine nationale Arbeitskonferenz zum Aufbau von Unternehmensgruppen durchgeführt, auf der u.a. Vertreter der Zentral- und Provinzregierungen sowie von zwölf Unternehmenseinheiten teilnahmen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die Forderung des Staatsrats zur Bildung von 100 Unternehmenszusammenschlüssen realisiert werden kann.

Die als Pilotprojekte ausgewählten Unternehmensgruppen sollen in der Lage sein, ein einheitliches Manage-

ment in den Bereichen Produktion, Beschaffung, Absatz, Personalwesen, Finanzierung und Materialwirtschaft durchzuführen. Die Staatliche Planungskommission beabsichtigt, diese Unternehmensgruppen der Zuständigkeit besonderer Abteilungen zu unterstellen. Die Organisation und Bildung von Unternehmensgruppen soll durch die Staatliche Planungskommission, die Staatliche Kommission zur Umgestaltung der Wirtschaft und den entsprechenden Abteilungen der Industrieverwaltung überprüft und genehmigt werden.

Nach Angaben von Zhang Yanning, stellvertretender Minister der Staatlichen Kommission zur Umgestaltung der Wirtschaft, hätten die bereits gebildeten Unternehmensgruppen allerdings noch nicht die Erwartungen erfüllt. Einerseits fehlten wirkungsvolle Maßnahmen zu strukturellen Verbesserungen und zur Effizienzerhöhung, andererseits würden die Unternehmensgruppen nicht die notwendigen Bedingungen erfüllen; obwohl sich diese Unternehmen als Unternehmensgruppe bezeichneten, würden sie jedoch nicht als solche funktionieren.

Folgende Leitprinzipien bei der Entwicklung von Unternehmensgruppen sollten nach Zhang Yanning beachtet werden:

1. Klare Zieldefinition und planmäßige Bildung von Unternehmensgruppen in Übereinstimmung mit der staatlichen Industriepolitik und den Plänen zur industriellen Entwicklung sowie den tatsächlichen Bedingungen der Unternehmen.
2. Eine Unternehmensgruppe sollte folgende Grundbedingungen erfüllen: Sie sollte ein starkes Unternehmen als Kern und eine bestimmte Anzahl eng mit diesem Kern verbundener Unternehmen umfassen. Das Kernunternehmen und die übrigen Unternehmen sollten eine organische Einheit bilden.
3. Die richtige Kombination von Machtkonzentration und Dezentralisierung ist notwendig. Übt das Kernunternehmen eine zu rigide Kontrolle aus, wirkt sich dies negativ auf die Motivation der Mitgliedsunternehmen aus; eine zu starke Dezentralisierung behindert demgegenüber die Realisierung eines einheitlichen Managements und der Entwicklungspläne.

4. Die Barrieren zwischen Regionen, Abteilungen und Eigentumsstrukturen müssen aufgebrochen werden, um die Abschottung der Unternehmenseinheiten zu verhindern. Hierbei sollen die staatlichen Organe und verschiedenen Abteilungen Unterstützung leisten.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verluste von einem Drittel der staatlichen Unternehmen wird der Zusammenschluß zu Unternehmensgruppen als Mittel angesehen, unrentable staatliche Betriebe vor dem Konkurs zu bewahren und Arbeitsplätze zu erhalten. Die offizielle Kritik an den überwiegend bis jetzt nur formal vollzogenen Unternehmenszusammenschlüssen ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß effizient wirtschaftende Unternehmen wenig Interesse haben, mit unrentabel arbeitenden Industriebetrieben eine zu enge Kooperation einzugehen. -schü-

schen Festland). Nachdem er die MJD wiederholt scharf kritisiert hatte, wurde er schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Anfang August 1990 kündigte er die Gründung der SMD an.

Zu der Gründungsfeier der SMD in Taipei kamen Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) und zahlreiche andere GMD-Politiker, während von der MJD keiner zur Gratulation erschien. Nach eigenen Angaben zählt die neue Partei bereits 5.000 Mitglieder und ist damit hinter der GMD mit rd. 2 Millionen und der MJD mit rd. 20.000 Mitgliedern die drittgrößte politische Kraft auf der Insel. Die SMD stützt sich hauptsächlich auf die mittelständischen und kleinen Unternehmer. Einschließlich der SMD sind in Taiwan bislang 54 politische Parteien beim Innenministerium registriert, wenn es auch meist nur kleine Gruppierungen sind. (LHB und CP, 2.3.91; ZYRB, 3.3.91; ZZ, 8.3.91) ni-

Randalierern griffen mit Stöcken und Schwertern Menschen an, die aus anderen chinesischen Provinzen stammten und keinen einheimischen Dialekt oder Japanisch sprachen.

Seinerzeit waren in Taiwan nur vier Bataillone von Regierungstruppen stationiert. So konnte nicht verhindert werden, daß der Aufstand trotz Verhängung des Ausnahmezustandes schnell auf die ganze Insel übergriff. Überall wurden Polizisten die Waffen geraubt, Arsenale geplündert, Rundfunkstationen besetzt, Behörden und Wohnungen von Beamten aus dem chinesischen Festland sowie Läden von Festlandschinesen demoliert. Erst als am 8. März Verstärkungstruppen vom Festland eintrafen, gewannen die Behörden wieder die Oberhand. Am 10. März war die Ordnung in allen Städten wiederhergestellt. Bei der Niederschlagung des Aufstands und auch danach bei der Säuberungsaktion wurden viele Einheimische getötet oder verhaftet. Nach der Regierungsversion waren die Geschehnisse vom 28. Februar eine von den Kommunisten und alten japanischen Kolonialherren geschürte Rebellion. Dagegen bezeichneten die Oppositionellen sie als Widerstand der Insulaner gegen die Unterdrückung und Korruption der Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Nanjing, die Taiwan nach dem 2. Weltkrieg aus japanischer Hand zurückgewonnen hatte.

Zwei Jahre nach dem blutigen Aufstand kehrte die Guomindang-Regierung nach der Niederlage im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten vom chinesischen Festland auf Taiwan zurück. Unter der mit starker Hand gelenkten Herrschaft von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) und dessen Sohn Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo, 1910-1988) war das Thema "28. Februar" ein Tabu. Im Zuge der politischen Liberalisierung nach der Ära der Familie Jiang fanden jedes Jahr bei der Wiederkehr dieses empfindlichen Tages Gedenkversammlungen und Demonstrationen von Oppositionellen statt. Die Regierung wurde aufgefordert, den Tatbestand der Affäre bekanntzugeben. Am 9. März 1988 veröffentlichte sie einen damals kurz nach dem Ereignis von zwei Abgeordneten des Kontroll Yuan abgefaßten Ermittlungsbericht. (Dazu s. C.a. März 1988, Ü 47, S.201 f.)

Taiwan

*(33) Neue oppositionelle Partei gegründet

Eine neue politische Partei unter dem vollen Namen ("Zhonghua Shehui Minzhu Deng" (Chinesische Sozialdemokratische Partei), abgekürzt "Shemin Deng" (SMD), wurde am 1. März gegründet. Der Gründer und Parteivorsitzende ist Zhu Gaozheng (Ju Gau-jing), ein Mitglied des Legislativ Yuan (Parlament). Zhu war auch einer der Gründer der größten Oppositionspartei Minjindang (MJD, Demokratische und Fortschrittliche Partei). Er ist auch derjenige, der 1986 eine radikale Opposition im Parlament mit der "Körpersprache" (d.h. Gewaltanwendung) einleitete. Dadurch bekam er auch den Spitznamen "1. Kriegsschiff" (Touhao Zhanjian) gegen die Regierung. Aber seit etwa einem Jahr hat er eine totale Kehrtwendung vollzogen. Insbesondere in der Chinapolitik steht er der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, GMD) näher als der MJD, ist also für die Aufrechterhaltung der chinesischen Einheit und gegen die Unabhängigkeitsbewegung Taiwans (Verzicht auf die Wiedervereinigung mit dem chinesi-

*(34) Weitere Schritte zur Klärung des blutigen Aufstands am 28. Februar vor 44 Jahren

Am 28. Februar gab es in Taiwan zahlreiche öffentliche Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Volksaufstands Ende Februar/Anfang März 1947, den man das "Ereignis vom 28.2." nennt. Die Affäre, wie allgemein bekannt, wurde durch eine Bagatelle ausgelöst. Am 27. Februar jenes Jahres geriet ein Fahndungsteam von Beamten des Monopolamts für Tabak- und Alkoholwaren bei der Beschlagnahme von geschmuggelten Zigaretten in der Stadt Taipei mit einer Straßenhändlerin in einen handgreiflichen Konflikt, der viele Schaulustige anzog. Als die Frau verletzt wurde, griff die empörte Menge die Beamten an. Im weiteren Verlauf der Geschehnisse zog ein Beamter bei der Flucht in der Verfolgungsjagd der Menge seine Waffe, und ein Passant wurde erschossen. Am folgenden Tag, dem 28. Februar, versammelten sich immer mehr Menschen zum Protest auf der Straße und stürmten ein Polizeirevier und das Büro des Monopolamtes. Als die Menge mittags das Amtsgebäude des Gouverneurs von Taiwan zu stürmen versuchte, eröffnete die Wache das Feuer, wobei wieder mehrere Menschen getötet bzw. verletzt wurden. Bald befand sich die ganze Stadt in Aufruhr. Gruppen von